

SPD erneuert Zusagen für Lärmschutz

Regierungsfraktion nennt aber keine konkreten Beträge für den Ausbau der Rheintalbahn

VON UNSEREM REDAKTEUR
STEFAN HUPKA

BAD KROZINGEN. Was sind Zusagen der alten schwarz-gelben Landesregierung unter der neuen grün-roten Koalition noch wert? Und bleibt es dabei, dass das Land den Lärmschutz entlang der Rheintalbahn mitfinanziert? Diese Fragen treiben Landräte, Bürgermeister und Aktivisten der Bürgerinitiativen am Oberrhein seit der Landtagswahl um; sie dominierten auch eine Informationsveranstaltung, zu der die SPD-Landtagsfraktion am Montag nach Bad Krozingen eingeladen hatte.

Die Sozialdemokraten regieren zwar das Land inzwischen mit – nicht aber das Verkehrsressort. Weshalb das SPD-Treffen im Kurhaus trotz prominent besetzter

Stühle eine entscheidende Leerstelle hatte: Winfried Herrmann, der grüne Verkehrsminister, saß nicht mit am Tisch.

Hatten seine Grünen nicht im Wahlkampf ein Rechtsgutachten präsentiert, wonach ein Bundesland geradezu gegen die Verfassung verstößt, wenn es Bundesverkehrswege mitfinanziert, etwa beim Lärmschutz? Gedacht war das als Munition gegen Stuttgart 21 – aber am Oberrhein kam es ganz schlecht an. Denn an dieser Bahntrasse, die zu den meistbefahrenen Güterzugstrecken Europas gehört, ist allen klar: Von sich aus, so konnte auch der anwesende Bahn-Vertreter, Christophe Jacobi, verstanden werden, baut die Bahn in Sachen Lärmschutz nur das gesetzliche Minimum. Wenn das Land für seine Bürger ein Optimum erreichen

möchte, muss es eigenes Geld in die Hand nehmen. Die alte Landesregierung hatte sich sogar pauschal verpflichtet, 50 Prozent anfallender Mehrkosten für einen bürgerfreundlichen Streckenverlauf und Lärmschutz zu übernehmen. Und nun?

Die grün-rote Koalitionsvereinbarung bleibt an der betreffenden Stelle dehnbar – oder „schwammig“, wie in Bad Krozingen moniert wurde: „Sollte sich in Einzelfällen über die gesetzlichen Anforderungen hinaus die Notwendigkeit für zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen ergeben, wird sich das Land im Rahmen seiner Möglichkeiten finanziell beteiligen.“

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel erinnerte daran, dass es zugunsten des Lärmschutzes inzwischen Finanzzusagen von drei Seiten gebe: neben Bund und Land auch von Bahnchef Rüdiger Grube, der 300 Millionen Euro aus der Unternehmenskasse dafür in Aussicht gestellt hatte. „Wir sagen deshalb nicht von vorneherein 50 Prozent zu“, so Schmiedel, „die Höhe der Kostenübernahme muss erst noch verhandelt werden.“ Er ergänzte aber, bindende Zusagen würden eingehalten, auch die der Vorgängerregierung: „Pacta sunt servanda.“

Zuvor hatten die Landräte der Kreise Emmendingen, Hanno Hurth (parteilos), und Breisgau-Hochschwarzwald, Dorothea Störr-Ritter (CDU), die neue Regierung zu mehr Verbindlichkeit aufgerufen. „Wir hängen in der Luft“, sagte Störr-Ritter und forderte den Verkehrsminister zu einem baldigen Treffen mit dem Projektbeirat auf. Vorher habe die Weiterarbeit keinen Sinn. „Bisher waren wir eine gemeinsam auftretende Truppe.“

Auch der Sprecher der Bürgerinitiativen, Roland Diehl, sah sich zu Warnungen vor weiterem Widerstand veranlasst: „Wer kein Geld in diese Region bringt, wird sie nicht befrieden können.“



Wer bezahlt den zusätzlichen Schutz gegen den Lärm der Güterzüge auf der Rheintalbahn? Diese Frage treibt die Region um.

FOTO: DAPD